

Ingrid Nestle

## Seit über 10 Jahren auf dem Weg in die Zukunft

### Energiewende in Deutschland

*Die Energiewende läuft hierzulande seit einem Jahrzehnt. Von Rot-Grün auf den Weg gebracht, ist sie unter Schwarz-Gelb ins Stocken geraten. Für die kommende Regierung bleibt daher viel zu tun. Doch der Kampf gegen den Klimawandel ist noch zu gewinnen.*

#### Ingrid Nestle

(\* 1977) MdB, ist Sprecherin für Energiewirtschaft der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

ingrid.nestle@bundestag.de



Lichtbilderei Flensburg

Im Juli 2011 haben Bundesregierung und Bundestag nach 2001 zum zweiten Mal den Atomausstieg beschlossen. CDU/CSU und FDP haben ihre Atompolitik damit um 180 Grad gewendet und die weniger als ein Jahr zuvor verlängerten Laufzeiten für Atomkraftwerke vollständig zurückgenommen. Zusätzlich entzogen sie kurzfristig acht Atomkraftwerken die Betriebsgenehmigung und setzten allen restlichen ein festes Enddatum – bei gleichen Gesamtlaufzeiten wie vor zehn Jahren beschlossen. Ursache für diese Atomwende war das tragische Atomunglück von Fukushima im März 2011. Grund war der massive Protest von breiten Teilen der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft sowie schlechte Umfragewerte bei der Sonntagsfrage.

Auch wenn Union und FDP erst jetzt auf diesen Kurs eingeschwenkt sind, die Energiewende läuft in Deutschland bereits seit gut zehn Jahren. Im Jahr 1999 wurde z.B. die Ökologische Steuerreform in Kraft gesetzt, die neben wichtigen ordnungspolitischen Vorschriften das bislang effektivste politische Instrument zur Steigerung der Energieeffizienz ist. Sie schaffte bzw. sicherte durch die Senkung der Lohn-

nebenkosten um 1,7 Prozentpunkte rund 250.000 Arbeitsplätze und senkte die CO<sub>2</sub>-Emissionen um rund 24 Millionen Tonnen pro Jahr. Damit ist die Ökologische Steuerreform eines der erfolgreichsten Klimaschutzinstrumente. Erwiesenermaßen besser ist nur das im Jahr 2000 eingeführte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Es gibt aber noch eine Reihe weiterer Maßnahmen, die in den letzten zehn Jahren zur Umsetzung der Energiewende durchgeführt wurden. So wurden die Mittel des Marktanzreizprogramms für erneuerbare Energien im Wärmebereich – mit einem Teil der Einnahmen aus den Ökosteuern – unter Rot-Grün deutlich erhöht. Allerdings reichen die Mittel – wie auch bei der Gebäudesanierung – noch nicht aus und stehen nicht verlässlich zur Verfügung. Die Energieeinsparverordnung wurde überarbeitet und anspruchsvoller gemacht. Die Mittel für Forschung und Entwicklung der erneuerbaren Energien wurden ebenfalls aufgestockt. Allerdings fließt noch heute mehr Geld in die Atomforschung als in die Erneuerbaren-Forschung. Im vergangenen Jahrzehnt verschwanden zwei Drittel der Staatsmittel für Energieforschung in der Atom- und Fusionstechnologie. Zu Zeiten der allgemeinen Atombegeisterung Anfang der 80er Jahre steckte der Staat fünf Mal so viel Geld in die Atomforschung wie im Jahr 2011 in die Forschung der Erneuerbaren. Trotz aller berechtigten Sparzwänge: Eine Offensive bei der Forschungsförderung

für Energieeffizienz und Erneuerbare würde die Energiewende nicht nur sicherer, sondern auch volkswirtschaftlich günstiger machen.

### **Bundesregierung im Tiefschlaf**

Es bleibt also noch viel zu tun. Während sich die angeblich neue Energiepolitik vom Herbst 2010 auf die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke und viel Prosa beschränkte, besteht die Energiewende nach Fukushima ausschließlich aus der Rücknahme eben dieser Laufzeitverlängerung. Wollte die Bundesregierung auch nach ihrer Atomwende mit demselben Anspruch Klimaschutz betreiben wie vorher, hätte sie den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen und die Zielsetzung dort nach oben schrauben müssen. Das hat sie explizit nicht getan: Es gelten auch nach der Atomwende exakt dieselben Erneuerbaren-Ziele, wie sie im Energiekonzept vom Herbst 2010 definiert sind. Neue Initiativen zur Steigerung der Energieeffizienz fehlen vollständig. Hier schläft die gesamte Bundesregierung den gleichen Tiefschlaf, den das zuständige Wirtschaftsministerium schon immer ausgezeichnet hat. Mehr als Vertuschen und Verstecken hat Schwarz-Gelb hier bislang nicht hinbekommen.

Für die Steigerung der Energieeffizienz brauchen wir dringend Instrumente, die wirken. Neben einem breiten Angebot an Information und Förderung müssen auch die Energieversorger ihren Teil beitragen. Sie sollen zu einem neuen, zukunftsfähigen Geschäftsmodell finden, in dem sie auch Energiedienstleistungen anbieten. Sie müssen raus aus der Sackgasse, in der nur der Absatz möglichst großer Energiemengen die Aktionäre befriedigt. Solange sie das alleine nicht schaffen, muss die Politik sie dabei offenbar zum Jagen tragen. Dies könnte aus Sicht der Grünen durch Einsparverpflichtungen bei den Energiever-

sorgern und einen Energiesparfonds umgesetzt werden. Bei den Energieverbrauchern ist eine passgerechte Neuauflage der Ökologischen Finanzreform ein wichtiger Schritt.

Zu prüfen wäre dabei aus meiner Sicht, ob und ggf. wie im Wärmebereich ein Instrument eingesetzt werden könnte, das sich die Vorteile des EEG zu eigen macht. Hier

wurde für die erneuerbaren Energien bereits der »Wärmebonus« entwickelt. Dieser könnte auf die Effizienz im Wärmebereich ausgeweitet werden. Wer in die Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich oder in erneuerbare Energien im Wärmebereich investiert, würde bei diesem neuen Instrument einen Bonus bekommen. Finanziert werden sollte der Bonus aus einer Umlage auf den Öl- und Gaspreis. Um einer Überförderung vorzubeugen, könnte dieser Bonus abhängig sein vom aktuellen Öl- und Gaspreis. Ist dieser Preis vergleichsweise niedrig, ist der Bonus notwendig. Ist er hoch, kann der Bonus kleiner ausfallen oder gar ganz entfallen. In jedem Fall wäre für den Investor sichergestellt, dass sich die Investition rentiert – unabhängig vom Öl- oder Gaspreis. Solange der Öl- und Gaspreis nicht weiter über das heutige Niveau gestiegen ist, bedeutet das tatsächlich einen Aufschlag auf den Heizöl- und Erdgaspreis. Bei gestiegenen Öl- und Gaspreisen sinkt dieser Aufschlag. So sind alle Akteure den Schwankungen der internationalen Märkte weniger ausgeliefert. Und es wird ein klares Signal gesendet: Investitionen in die Wärmedämmung lohnen sich.

### **Klimaschutz und Atomausstieg sind kein Widerspruch**

Ein ganz zentraler Punkt für den Klimaschutz ist die Politik zur Kohleverstromung. Nachdem SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam erfolgreich für den Weg zurück zum rot-grünen Atomausstieg gekämpft haben, gilt es nun, diesen klimaverträglich umzusetzen. So können wir dem interessierten Ausland zeigen, dass Klimaschutz und Atomausstieg kein Widerspruch sind. Das aber geht nur, wenn in Deutschland neben den sich bereits in Bau befindlichen Kohlekraftwerken keine weiteren hinzukommen. Studien des Bundesumweltministeriums, des Bundesumweltamtes, des Sachverständigenrates für Um-

weltfragen und von Umweltschutzorganisationen oder der Industrie zeigen, dass dies auch nicht nötig ist. Ganz im Gegenteil, mehr Kohlekraftwerke wären beim Ausbau der oft fluktuierenden Erneuerbaren bald hinderlich und laufen Gefahr Investitionsruinen zu werden.

Auch die Abscheidung und Deponierung von CO<sub>2</sub> (CCS) aus Kohlkraftwerken ist kein Weg, weitere neue Kohlemeiler zu ermöglichen. In Schleswig-Holstein kämpfen die Bürger seit Jahren gegen die Einlagerung von CO<sub>2</sub> unter ihren Dörfern und Äckern. Mit Recht. Denn noch sind so viele Fragen der Sicherheit unbeantwortet, dass die Gefahr zu groß ist, mit der Deponierung von CO<sub>2</sub> ein neues Riesenaltlastenproblem zu schaffen. Zumal wir CCS für eine sichere, umweltfreundliche und bezahlbare Energieversorgung auch nicht brauchen. Auch das belegen die o.g. Studien eindrucksvoll. Darüber hinaus dürften die erneuerbaren Energien im Jahre 2020, wenn die CCS-Technologie frühestens in großem Maßstab einsetzbar sein wird, mindestens genauso günstig Strom produzieren können wie CCS-Kohlekraftwerke. Ihre Umwelt- und Klimabilanz ist aber deutlich besser.

Auch wenn der Atomausstieg bis 2022 wieder eine beschlossene Sache ist – der Weg zu einer klima- und umweltfreundlichen Energieversorgung ist noch weit. Er muss entschlossen und ohne falsche Kompromisse gegangen werden. Dafür wird eine Bundesregierung gebraucht, die bereit ist, dies auch gegen Widerstände durchzusetzen. Dann bin ich sicher, dass sie einen wichtigen Verbündeten hat: das Volk. Denn alle Umfragen zeigen, dass die allergrößte Mehrheit auf erneuerbare Energien und Effizienz setzt. Sowohl Atomkraft als auch Kohletechnik schneiden bei der Bevölkerung dagegen sehr schlecht ab. Wenn sich die nächste Bundesregierung – gerne mit grüner Beteiligung – daran orientiert, haben wir beste Chancen, den Kampf gegen den Klimawandel zu gewinnen. ■